

Pressemitteilung 08.12.2013

Rot-Grüne Sparpolitik führt zu einer massiven Stellenkürzung an den Gymnasien ! Der Verband der Elternräte schlägt Alarm !

Die durch die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrer an Gymnasien von 23,5 auf 24,5 Stunden und durch die Aussetzung der Altersteilzeit eingesparten 64 Millionen Euro entsprächen nach Aussage des Landesrechnungshofes etwa 800 Lehrerstellen mit 20.000 Lehrerwochenstunden.

Die Landesregierung sagt, die Stellen sollen im System bleiben , d.h. in Ganztagschulen investiert werden. Nach dem Koalitionsvertrag sollen Gesamtschulen bevorzugt zu gebundenen Ganztagschulen umgewandelt werden.

Im Klartext heißt dies, **jedes Gymnasium in Niedersachsen wird nach den Sommerferien 2014 3-5 Lehrer an Gesamtschulen abordnen**, um dort den Ganztagsunterricht zu unterstützen!

Dabei ist den Bildungsforschern und Pädagogen schon seit langem klar, dass die Leistungsfähigkeit der Gymnasien nur erhalten werden kann, wenn die Lehrerversorgung von aktuell 102% auf 110% erhöht wird, da ansonsten durch Klassenfahrten, Krankheit, Fortbildung und Erziehungsurlaub vielfach ein qualitativ hochwertiger, kontinuierlicher und ausdifferenzierter Unterricht nicht möglich ist.

Durch die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und durch den Wortbruch bei der Altersteilzeit kommt es dagegen zu einer Verschärfung der Arbeitsbelastung an den Gymnasien. Gleichzeitig werden auslaufende Stellen nicht mehr neubesetzt und jungen Lehrern die Perspektive auf eine Anstellung am Gymnasium auf Jahre genommen.

Hierdurch wird erhebliche Unruhe in die Lehrer-Kollegien gebracht. Durch die in Kauf genommenen Abwehrmaßnahmen aus der Lehrerschaft gegen die Arbeitsüberlastung wird bewusst versucht, einen Keil zwischen Lehrer- und Elternschaft zu treiben. Das Gymnasium wird dadurch weiter geschwächt.

Der Verband der Elternräte der Gymnasien Niedersachsens befürchtet eine erheblich Verschlechterung der Qualität an niedersächsischen Gymnasien, wenn die derzeitigen Pläne der niedersächsischen Landesregierung in die Tat umgesetzt werden.

Daher fordern wir die Landesregierung dringend auf, diese Planung noch einmal zu überdenken und abzuändern.

Sparmaßnahmen zu Lasten der Schwächsten im System, unseren Kindern, sind wir nicht bereit, zu akzeptieren!

Hannover, den 08.12.2013

gez. Dr. Klaus Plein, Vorsitzender

gez. Petra Wiedenroth, Geschäftsführerin